

Jahresabschluss

der

genua GmbH

zum 31. Dezember 2018

Bilanz

AKTIVA

	31.12.2018 EUR	31.12.2017 EUR
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		
1. Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte	501.397,26	487.771,58
2. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	104.856,14	13.532,79
	606.253,40	501.304,37
II. Sachanlagen		
1. Technische Anlagen und Maschinen	695.980,62	608.913,25
2. Anderen Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	284.239,38	227.068,53
3. Alle Anlagen, Maschinen und BuG im Bau	0,00	0,00
	980.220,00	835.981,78
	1.586.473,40	1.337.286,15
B. Umlaufvermögen		
I. Vorräte		
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	24.293,12	24.293,12
2. unfertige Erzeugnisse, unfertige Leistungen	140.304,51	19.946,10
3. Fertige Erzeugnisse und Waren	436.423,45	151.823,96
4. geleistete Anzahlungen auf Vorräte	192.735,00	278.504,33
	793.756,08	474.567,51
II. Forderungen und Sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	7.075.254,63	7.027.625,63
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	78.604,54	174.672,52
3. Sonstige Vermögensgegenstände	441.604,57	440.994,81
	7.595.463,74	7.643.292,96
III. Wertpapiere	1.861.399,47	1.949.586,29
IV. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	17.968.571,16	11.053.045,22
	28.219.190,45	21.120.491,98
C. Rechnungsabgrenzungsposten	693.734,34	452.351,65
	30.499.398,19	22.910.129,78

PASSIVA

	31.12.2018 EUR	31.12.2017 EUR
A. Eigenkapital		
I. Gezeichnetes Kapital	50.000,00	50.000,00
II. Gewinnrücklagen		
Andere Gewinnrücklagen	3.741.962,69	3.741.962,69
III. Gewinn- /Verlustvortrag	7.480.625,94	4.206.374,88
IV. Jahresüberschuss	4.683.691,67	3.274.251,06
	15.956.280,30	11.272.588,63
B. Rückstellungen		
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	208.599,99	115.212,86
2. Steuerrückstellungen	739.021,06	792.458,71
3. Sonstige Rückstellungen	2.724.871,34	2.106.642,12
	3.672.492,39	3.014.313,69
C. Verbindlichkeiten		
1. Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	0,00	18.705,00
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.559.956,74	1.102.436,05
3. Verbindlichkeiten ggü verbundenen Unternehmen	0,00	15.306,00
4. Sonstige Verbindlichkeiten	1.206.176,18	992.585,83
	2.766.132,92	2.129.032,88
D. Rechnungsabgrenzungsposten	8.069.333,40	6.487.306,92
E. Passive latente Steuern	35.159,18	6.887,66
	30.499.398,19	22.910.129,78

Gewinn- und Verlustrechnung

	2018 EUR	2017 EUR
1. Umsatzerlöse	33.459.624,55	30.117.273,76
2. Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	120.358,41	2.027,27
3. andere aktivierte Eigenleistungen	199.496,25	48.347,38
4. sonstige betriebliche Erträge	373.150,07	288.449,80
5. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs-, und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	-7.264.984,87	-7.879.238,91
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-676.980,54	-457.617,59
c) Aufwendungen für Vermietung	0,00	-4.007,00
d) Aufwendungen für genukids	-25.571,05	-25.435,62
	-7.967.536,46	-8.366.299,12
6. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	-12.719.910,48	-11.454.624,69
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	-2.419.557,93	-2.176.012,61
	-15.139.468,41	-13.630.637,30
7. Abschreibungen		
a) Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-707.493,88	-649.629,97
8. sonstige betriebliche Aufwendungen	-3.664.036,08	-3.224.370,65
9. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	75.373,74	85.552,06
10. Abschreibungen auf Wertpapiere im Umlaufvermögen	-88.186,82	-28.235,74
11. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-10.456,25	-10.279,21
12. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-1.951.208,97	-1.373.871,70
13. Ergebnis nach Steuern	4.699.616,15	3.258.326,58
14. sonstige Steuern	-15.924,48	15.924,48
15. Jahresüberschuss	4.683.691,67	3.274.251,06

Anhang

Allgemeine Angaben zum Jahresabschluss

Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2018 der genua GmbH, Kirchheim bei München (Amtsgericht München, HRB 98238), wurde nach den handelsrechtlichen Vorschriften der §§ 242 ff. HGB, sowie den ergänzenden Bestimmungen des GmbH-Gesetzes aufgestellt.

Die Gesellschaft weist zum Abschlussstichtag die Größenmerkmale einer mittelgroßen Kapitalgesellschaft im Sinne der §§ 264, 267 II HGB auf. Auf Grundlage gesellschaftsvertraglicher Regelungen wird der Jahresabschluss wie für große Kapitalgesellschaften im Sinne des § 267 III HGB aufgestellt.

Für die Bilanz wurde das Gliederungsschema des § 266 HGB verwendet. Die Gewinn- und Verlustrechnung wurde nach dem Gesamtkostenverfahren, gemäß dem § 275 II HGB aufgestellt.

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Bilanzierung der immateriellen Vermögensgegenstände und der Sachanlagen erfolgt zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten unter Berücksichtigung nutzungsbedingter, planmäßiger Abschreibungen. Grundlage der planmäßigen Abschreibung ist die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer des jeweiligen Vermögensgegenstandes. Die Abschreibung erfolgt linear. Selbstgeschaffene immaterielle Vermögensgegenstände werden mit einer Nutzungsdauer von fünf Jahren, entgeltlich erworbene immaterielle Vermögensgegenstände mit einer Nutzungsdauer von ein bis zehn Jahren und Sachanlagen mit einer Nutzungsdauer von drei bis dreizehn Jahren abgeschrieben.

Im Jahr 2018 wurde vom Wahlrecht zur Aktivierung selbst geschaffener immaterieller Vermögensgegenstände des Anlagevermögens nach § 248 II HGB Gebrauch gemacht. Die Aktivierung berücksichtigt die bei der Herstellung angefallenen Entwicklungsaufwendungen nach § 255 II a i.V.m. II HGB. Nach Fertigstellung erfolgt eine planmäßige, lineare Abschreibung über die Nutzungsdauer.

Geringwertige Wirtschaftsgüter mit Anschaffungs- oder Herstellungskosten bis 800 € (bis 31. Dezember 2017 bis 410 €) wurden im Erwerbsjahr als Anlagen erfasst und im Jahr des Zugangs voll abgeschrieben.

Die Bewertung der Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe erfolgte zu den Anschaffungskosten, soweit nicht ein niedrigerer Wert beizulegen war. Für die Ermittlung der Anschaffungskosten wird das Verbrauchsfolgeverfahren nach der Fifo-Methode angewendet. Diese Methode entspricht den tatsächlichen Verhältnissen unserer Lagerhandhabung. Fertige Erzeugnisse und Waren wurden zu Anschaffungskosten und unfertige Leistungen zu Herstellungskosten bewertet, soweit kein niedrigerer Wert beizulegen war. Die Herstellungskosten umfassen direkt zurechenbare Kosten.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände werden zum Nominalwert angesetzt. Erkennbaren Ausfallrisiken wird im Einzelfall durch entsprechende Wertberichtigungen Rechnung getragen. Das allgemeine Ausfallrisiko sowie der Zins- und Skontoverlust wird durch eine pauschale Wertberichtigung in Höhe von 1 v.H. bei den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen berücksichtigt.

Wertpapiere des Umlaufvermögens betreffen sonstige Wertpapiere und wurden zu Anschaffungskosten oder niedrigeren Börsenkursen, bzw. Tageswerten angesetzt.

Die aktiven Rechnungsabgrenzungsposten betreffen Auszahlungen vor dem Bilanzstichtag, die Aufwendungen für eine bestimmte Zeit nach dem Bilanzstichtag darstellen.

Forderungen sowie Verbindlichkeiten, die ursprünglich auf fremde Währung lauteten, wurden im Rahmen der Zugangsbewertung mit dem Kurs am Tage des Geschäftsvorfalles bewertet. Verluste aus Kursänderungen bis zum Abschlussstichtag werden stets, Gewinne aus Kursveränderungen nur bei Restlaufzeiten von einem Jahr oder weniger berücksichtigt. Dabei wurde am Abschlussstichtag zum Devisenkassakurs gemäß § 256a II HGB bewertet.

Flüssige Mittel werden zu Nominalwerten angesetzt.

Das gezeichnete Kapital beträgt 50.000,00 € und ist mit dem Nennwert angesetzt.

Rückstellungen für Pensionen werden mit dem Erfüllungsbetrag bewertet, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist. Sie werden nach § 253 II S. 1 HGB pauschal mit einem einer Restlaufzeit von 15 Jahren entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz abgezinst.

Die sonstigen Rückstellungen erfassen alle erkennbaren Risiken und ungewisse Verbindlichkeiten und sind mit dem Erfüllungsbetrag bewertet, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr werden mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz gemäß § 253 II S. 1 HGB der vergangenen sieben Geschäftsjahre abgezinst. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von weniger oder gleich einem Jahr werden nicht abgezinst.

Verbindlichkeiten werden mit ihrem Erfüllungsbetrag bilanziert.

Die passiven Rechnungsabgrenzungsposten betreffen Einnahmen vor dem Bilanzstichtag, die Erträge für eine bestimmte Zeit nach dem Bilanzstichtag darstellen.

Angaben zur Bilanz

Anlagevermögen

Wegen der Darstellung der Entwicklung des Anlagevermögens für das Geschäftsjahr 2018 wird auf die Anlage 1 zum Anhang verwiesen.

Immaterielle Vermögensgegenstände

Im Geschäftsjahr 2018 wurden Aufwendungen für Forschung und Entwicklung von insgesamt 3.789 T€ getätigt. Von diesen Aufwendungen wurden ausschließlich für die Entwicklung künftiger Produkte 199 T€ aufgewendet (FPGA 181 T€ und Advanced Secure Connect 19 T€), dementsprechend in voller Höhe aktiviert und unter selbstgeschaffene immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens ausgewiesen. Die Abschreibungsdauer beträgt in Ableitung des Produktlebenszyklus fünf Jahre, der aufgrund der verwendeten Technologie nicht länger sein wird. Zum 31.12.2018 bestehen aus der Aktivierung der selbstgeschaffenen immateriellen Vermögensgegenstände ausschüttungsgesperrte Beträge gemäß § 268 Nr. 8 HGB in Höhe von 501 T€ (nach Abzug der latenten Steuern 356 T€). Wir verweisen weiter auf die unter dem Abschnitt „Der Ausschüttung unterliegenden Beträge“ gemachten Angaben.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Die Fristigkeit der Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände stellt sich wie folgt dar:

	31.12.2018	31.12.2017
	€	€
Forderungen aus Lieferung und Leistung	7.075.254,63	7.027.625,63
davon mit einer Restlaufzeit < 1 Jahr	7.075.254,63	7.027.625,63
davon mit einer Restlaufzeit > 1 Jahr	0,00	0,00
davon gegen Bundesrepublik Deutschland, sowie deren mittelbar und unmittelbar kontrollierten Unternehmen	2.044.297,45	3.044.519,89
Forderungen gegen verbundene Unternehmen	78.604,54	174.672,52
davon mit einer Restlaufzeit < 1 Jahr	78.604,54	174.672,52
davon mit einer Restlaufzeit > 1 Jahr	0,00	0,00
Sonstige Vermögensgegenstände	441.604,57	440.994,81
davon mit einer Restlaufzeit < 1 Jahr	250.305,64	244.065,33
davon mit einer Restlaufzeit > 1 Jahr	191.298,93	196.929,48

Forderungen gegen verbundene Unternehmen

Die Forderungen gegen verbundene Unternehmen betreffen den laufenden Liefer- und Leistungsverkehr:

	31.12.2018	31.12.2017
	€	€
Bundesdruckerei GmbH (Gesellschafter)	78.604,54	126.916,87
Bundesdruckerei International Services GmbH	0,00	47.755,65
Gesamt	78.604,54	174.672,52

Aktive Rechnungsabgrenzungsposten

Im Rechnungsabgrenzungsposten sind im Wesentlichen vorausbezahlte Lizenzgebühren enthalten.

Eigenkapital

Das gezeichnete Kapital beträgt 50.000,00 €.

Der Ausschüttung unterliegende Beträge

Der Gesamtbetrag der einer Ausschüttungssperre unterliegenden Beträge setzt sich wie folgt zusammen:

	31.12.2018	31.12.2017
	<u>€</u>	<u>€</u>
1. Beträge aus der Aktivierung selbstgeschaffener immaterieller Vermögensgegenstände des Anlagevermögens	356.242,75	346.561,71
2. Unterschiedsbetrag aus der Bewertung der Rückstellungen für Altersversorgungsverpflichtungen zwischen einem Ansatz mit dem 7-Jahres-Durchschnittssatz und dem Ansatz mit 10-Jahres-Durchschnittssatz	<u>119.520,31</u>	<u>97.774,75</u>
Gesamt	475.763,06	444.336,46

Den ausschüttungsgesperren Beträgen von insgesamt 476 T€ stehen frei verfügbare Gewinnrücklagen in Höhe von 3.742 T€ sowie der Gewinnvortrag in Höhe von 7.481 T€ gegenüber. Eine Ausschüttungssperre in Bezug auf den Jahresüberschuss von 4.684 T€ bestehen daher nicht.

Pensionsrückstellungen

Für die Pensionsverpflichtungen existieren Rückdeckungsversicherungen (Deckungsvermögen), welche an die Pensionsanwärter verpfändet sind. Entsprechend wurden die Verpflichtungen und der Aktivwert der Rückdeckungsversicherungen nach § 246 II HGB saldiert ausgewiesen. Das Deckungsvermögen wurde zum beiliegenden Zeitwert, der dem steuerlichen Aktivwert (= Anschaffungskosten) entspricht, bewertet.

Aufwendungen und Erträge aus der Abzinsung und aus dem zu verrechnenden Deckungsvermögen wurden verrechnet und unter den Zinsaufwänden ausgewiesen. Siehe auch unter Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung (Zinsaufwendungen).

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen wurden nach der PUC-Methode gebildet. Es wurden folgende Annahmen für die Berechnung berücksichtigt:

- durchschnittlicher Marktzins von 3,21 v.H. gemäß Vereinfachungsregel für eine Laufzeit von 15 Jahren, sowie unter Berücksichtigung des 10-Jahres-Durchschnitts nach § 253 II S.1 HGB, der von der deutschen Bundesbank bekannt gemacht wurde
- Lohn- und Gehaltssteigerungen von 2 v.H. gemäß der erwarteten Dynamik laufender Renten
- Sterbetafeln nach Dr. Klaus Heubeck „Richttafeln 2018 G“

Der Aktivwert sowie der Erfüllungsbetrag aus der Pensionsverpflichtung stellen sich wie folgt dar:

	31.12.2018	31.12.2017
	€	€
Aktivwert der Rückdeckungsversicherung	552.911,01	501.302,14
Verrechneter Erfüllungsbetrag	<u>761.511,00</u>	<u>616.515,00</u>
Bilanzansatz	208.599,99	115.212,86

Mit einer Anpassung des § 253 HGB hat der Gesetzgeber in 2016 auf die anhaltende Niedrigzinsphase reagiert. Der bislang den Berechnungen zugrunde gelegte 7-Jahres-Durchschnitt des Rechnungszinses wurde auf einen 10-Jahres-Durchschnitt umgestellt.

Die Rückstellung mit einem Abzinsungssatz von 3,21 v.H. (10-Jahres-Durchschnitt) beträgt 761.511,00 €. Mit einem Abzinsungssatz von 2,32 v. H. (7-Jahres-Durchschnitt) ergibt sich eine Rückstellung von 929.731 €. Daraus resultiert ein Unterschiedsbetrag gemäß § 253 VI Nr. 6 HGB in Höhe von 168.220 €. Somit ergibt sich nach Abzug der latenten Steuern ein ausschüttungsgesperrter Betrag in Höhe von 119.520,31 €.

Sonstige Rückstellungen

Im Wesentlichen sind in den sonstigen Rückstellungen die Rückstellung für Erfolgsbeteiligung 1.659.300,00 € (VJ.: 1.190.640,00 €), die Personalrückstellungen (im Wesentlichen Urlaub, Freizeitausgleich, Schwerbehindertenausgleichsabgabe und Berufsgenossenschaft) in Höhe von 510.368,96 € (VJ.: 475.641,26 €) sowie für ausstehende Rechnungen in Höhe von 383.554,47 € (VJ.: 66.842,61 €) enthalten.

Verbindlichkeiten

Die Fälligkeit der Verbindlichkeiten stellt sich wie folgt dar:

	31.12.2018	31.12.2017
	€	€
Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	0,00	18.705,00
davon mit einer Restlaufzeit < 1 Jahr	0,00	18.705,00
davon mit einer Restlaufzeit > 1 Jahr	0,00	0,00
Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung	1.516.765,69	1.102.436,05
davon mit einer Restlaufzeit < 1 Jahr	1.516.765,69	1.102.436,05
davon mit einer Restlaufzeit > 1 Jahr	0,00	0,00
davon gegen Bundesrepublik Deutschland, sowie deren mittelbar und unmittelbar kontrollierten Unternehmen	52,02	162,66
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	43.191,05	15.306,00
davon mit einer Restlaufzeit < 1 Jahr	43.191,05	15.306,00
davon mit einer Restlaufzeit > 1 Jahr	0,00	0,00
Sonstige Verbindlichkeiten	1.206.176,18	992.585,83
davon mit einer Restlaufzeit < 1 Jahr	1.206.176,18	992.585,83
davon mit einer Restlaufzeit > 1 Jahr	0,00	0,00
- davon aus Steuern	1.178.503,72	966.748,20
- davon im Rahmen der sozialen Sicherheit	0,00	1.740,00

Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit von mehr als fünf Jahren bestehen nicht. Die Verbindlichkeiten sind nicht durch Pfandrechte besichert. Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sind teilweise durch übliche Eigentumsvorbehalte besichert. Die sonstigen Verbindlichkeiten sind nicht besichert.

Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen

Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen betreffen den laufenden Liefer- und Leistungsverkehr:

	31.12.2018	31.12.2017
	€	€
Bundesdruckerei GmbH (Gesellschafter)	43.191,05	15.306,00

Passive Rechnungsabgrenzungsposten

Im Rechnungsabgrenzungsposten sind im Wesentlichen Einnahmen durch Dauerleistungsverträge für Update, Hotline und Systemmanagement (SSM) enthalten.

Passive latente Steuern

Die passivischen latenten Steuern ergeben sich aus den Bilanzierungs- und Bewertungsunterschieden der selbstgeschaffenen immateriellen Vermögensgegenstände, der Rückstellungen sowie der Pensionsverpflichtung. Die Bewertung erfolgte mit dem Steuersatz für Körperschaftsteuer zuzüglich Solidaritätszuschlag von 15,825 v.H. und für die Gewerbesteuer 13,125 v.H. bei einem durchschnittlichen Hebesatz von 375 v.H.

	31.12.2018	31.12.2017	Entwicklung in 2018
	<u>€</u>	<u>€</u>	<u>€</u>
Bilanzposten für Aktive latente Steuern			
Pensionsrückstellungen	91.282,19	59.627,57	31.654,62
Sonstige Rückstellungen	18.713,14	74.694,64	-55.981,50
Bilanzposten für Passive latente Steuern			
Selbstgeschaffene Immaterielle VG	<u>145.154,51</u>	<u>141.209,87</u>	<u>3.944,64</u>
Passivischer Überhang	<u>35.159,18</u>	<u>6.887,66</u>	<u>28.271,52</u>

Der Ausweis der sich insgesamt ergebenden Steuerbelastung nach § 274 I S.1 HGB erfolgte unter der Position gemäß § 266 Abs. 3 E. HGB: Passive latente Steuern.

Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung

Die Gewinn- und Verlustrechnung wurde nach dem Gesamtkostenverfahren gem. § 275 II HGB aufgestellt.

Umsatzerlöse

	31.12.2018	31.12.2017
	€	€
Inland	32.660.913,31	28.970.880,94
EU-Staaten	534.423,77	992.416,03
Übriges Ausland	<u>264.287,47</u>	<u>153.976,79</u>
Gesamt	<u>33.459.624,55</u>	<u>30.117.273,76</u>

Die Umsätze entfallen auf folgende Bereiche:

	31.12.2018	31.12.2017
	€	€
Produktlieferungen	24.816.190,96	22.005.399,26
Dienstleistungen	8.291.968,43	7.693.170,37
Vermietung	665,89	3.612,98
Betriebskindergarten	<u>350.799,27</u>	<u>415.091,15</u>
Gesamt	<u>33.459.624,55</u>	<u>30.117.273,76</u>

Bestandsveränderungen

Die Bestandsveränderung betrifft ausschließlich unfertige Leistungen. Diese berücksichtigen Kundenprojekte in Höhe von 120.358,41 € (VJ.: 2.027,27 €), die zum Bilanzstichtag noch nicht fertiggestellt waren.

Aktiviertete Eigenleistungen

Die aktivierten Eigenleistungen in Höhe von 199.496,25 € (VJ.: 48.347,38 €) berücksichtigen die Kosten aus der Entwicklung neuer Produkte. Der Ausweis erfolgte unter selbstgeschaffene immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens. Siehe auch unter Angaben zur Bilanz (Immaterielle Vermögensgegenstände).

Sonstige betriebliche Erträge

Die sonstigen betrieblichen Erträge enthalten im Wesentlichen Erträge aus Projektzuschüssen für Forschungsprojekte in Höhe von 64.800,84 € (VJ.: 217.790,73 €). Die periodenfremden Erträge in Höhe von 223.949,30 € (VJ.: 12.657,03 €) ergeben sich aus Erträgen aus der Auflösung von Rückstellungen. Erträge aus Währungsumrechnungen lagen im Jahr 2018 bei 151,05 € (VJ.: 0,00 €).

Materialaufwand

	31.12.2018	31.12.2017
	<u>€</u>	<u>€</u>
Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	7.290.555,92	7.904.674,53
Aufwendungen für bezogene Leistungen	<u>676.980,54</u>	<u>461.624,59</u>
Gesamt	<u>7.967.536,46</u>	<u>8.366.299,12</u>

Personalaufwand

	31.12.2018	31.12.2017
	<u>€</u>	<u>€</u>
Löhne und Gehälter	12.719.910,48	11.454.624,69
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	<u>2.419.557,93</u>	<u>2.176.012,61</u>
Gesamt	<u>15.139.468,41</u>	<u>13.630.637,30</u>

In den sozialen Abgaben und Aufwendungen zur Altersversorgung sind Aufwendungen zur Altersversorgung in Höhe von 169.998,40 € (VJ.: 122.214,92 €) enthalten.

Abschreibungen

Die Position beinhaltet Abschreibungen auf selbstgeschaffene immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens in Höhe von 185.870,57 € (VJ.: 178.695,00 €).

Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen berücksichtigen unter anderem Aufwendungen für Raumkosten in Höhe von 982.415,69 € (VJ.: 1.032.347,44 €), Reisekosten in Höhe von 559.345,98 € (VJ.: 521.937,54 €), Werbung und Marketing in Höhe von 481.625,38 € (VJ.: 473.244,75 €) und Rechts- und Beratungskosten in Höhe von 469.118,33 € (VJ.: 333.444,23 €). Die periodenfremden Aufwendungen im Jahr 2018 betragen 2.385,20 € (VJ.: 0,00 €). Die Aufwendungen aus Währungsumrechnungen betragen im Jahr 2018 1,87 € (VJ.: 44,41 €).

Zinsaufwendungen

Der Zinsaufwand aus der Abzinsung der Pensionsverpflichtung beträgt 22.688 € (VJ.: 21.062,00 €). Der Ertrag aus den Rückdeckungsversicherungen beläuft sich auf 13.731,75 € (VJ.: 12.315,17 €). Daraus ergibt sich ein (saldierter) Zinsaufwand von 8.956,25 € (VJ.: 8.746,83 €) (§ 246 II HGB), der unter Zinsen und ähnliche Aufwendungen enthalten ist.

Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

In den Steuern vom Einkommen und vom Ertrag sind Zuführungen zu passiven latenten Steuern in Höhe von 28.271,52 € (VJ.: Ertrag 115.455,45 €) enthalten.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen / Haftungsverhältnisse

Zum Abschlussstichtag bestanden keine Haftungsverhältnisse im Sinne von § 251 HGB.

Zum 31.12.2018 bestanden neben den in der Bilanz ausgewiesenen Verbindlichkeiten sonstige finanzielle Verpflichtungen aus Miet- und Leasingverträgen in Höhe von 4.969 T€ mit einer Laufzeit von ein bis acht Jahren.

Sonstige Pflichtangaben

Gesamthonorar des Abschlussprüfers

Angaben nach § 285 Nr. 17 HGB zu dem berechneten Gesamthonorar des Abschlussprüfers betrifft Abschlussprüfungsleistungen in Höhe von 19.000,00 € (VJ.: 19.000,00 €) sowie andere Bestätigungsleistungen in Höhe von 2.000,00 €.

Geschäftsführer

Während des abgelaufenen Geschäftsjahres wurden die Geschäfte des Unternehmens geführt durch:

Marc Tesch, Geschäftsführer für den Bereich Strategy, Administration & Sales

Matthias Ochs, Geschäftsführer für den Bereich Products, Customers & Marketing

Die Geschäftsführer sind entweder zusammen mit einem anderen Geschäftsführer oder einem Prokuristen befugt, im Namen der Gesellschaft mit sich im eigenen Namen oder als Vertreter eines Dritten Rechtsgeschäfte vorzunehmen.

Geschäftsführerbezüge

Die Gesamtvergütung der Geschäftsführung lag im Jahr 2018 bei 384.350,28 €. Für ehemalige Geschäftsführer sind Pensionsrückstellungen in Höhe von 761.511 € gebildet, der Bilanzansatz liegt, nach Abzug einer bestehenden Rückdeckversicherung, bei 208.599,99 €.

Konzernzugehörigkeit

Die genua GmbH ist ein Unternehmen der Bundesdruckerei GmbH, die 73 v.H. der Unternehmensanteile besitzt und einen Konzernabschluss für den größten und kleinsten Kreis von Unternehmen aufstellt. Die Gesellschaft wird in diesen Konzernabschluss nach den Vorschriften über die Vollkonsolidierung einbezogen. Der Konzernabschluss wird im elektronischen Bundesanzeiger veröffentlicht.

Zum 01.01.2018 hatte der Gesellschafter Bundesdruckerei GmbH seine Anteile an der genua GmbH durch Anteilsverkauf von den weiteren Gesellschaftern auf 73 v.H. erhöht.

Mitarbeiter

Im Geschäftsjahr 2018 waren durchschnittlich 242 Mitarbeiter beschäftigt, diese teilen sich nach Gruppen wie folgt auf:

- davon Arbeiter 5
- davon Angestellte ohne Führungsfunktion 209
- davon Angestellte mit Führungsfunktion 28

Gewinnverwendungsvorschlag

Die Geschäftsführung schlägt vor, den Jahresüberschuss auf neue Rechnung vorzutragen.

Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Geschäftsjahres eingetreten und weder in der Gewinn- und Verlustrechnung noch in der Bilanz berücksichtigt sind, haben sich nicht ergeben.

Kirchheim, den 20. März 2019

Marc Tesch, Geschäftsführer

Matthias Ochs, Geschäftsführer

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die genua GmbH, Kirchheim bei München

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der genua GmbH, Kirchheim bei München, – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2018 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2018 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der genua GmbH, Kirchheim bei München, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2018 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2018 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2018 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Gesellschaft.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

München, den 20. März 2019

Warth & Klein Grant Thornton AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Dr. Kusterer
Wirtschaftsprüfer

Schmid
Wirtschaftsprüfer